

Liebe Genossinnen und Genossen,



nach der Wahl ist vor der Wahl. Im Mai 2013 finden die Kommunalwahlen und im September 2013 die Bundestagswahlen statt. Auf beide Wahlen müssen wir uns vorbereiten.

Die Ortsvereine müssen ihre Listen aufstellen und die WahlkreiskandidatInnen benennen. Der Kreisvorstand wird gemeinsam mit der Kreistagsfraktion eine eigene Liste und die KandidatInnen aufstellen. Bislang kennen wir die neue Wahlkreisschneidung aber noch nicht. Für die Bundestagswahl müssen wir die Nominierungsveranstaltung organisieren und durchführen. Ihr seht, es wird nicht langweilig. Zunächst wünsche ich euch allen

eine erholsame Sommerpause. Ich selbst bin bis zum 8. Juli unterwegs, bis dahin steht euch meine Vertreterin Regina Voß Rede und Antwort. ■

Rote Grüße

Euer

Jan Lohmeier
Kreisvorsitzender

SPD Bundestagsfraktion

16. SPD-Betriebsrätekonferenz in Berlin – drei Ostholsteiner zu Gast

Zur Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD Bundestagsfraktion, die unter dem Motto Arbeit sichern – Wege öffnen stand, hat die SPD Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn am 13. Juni bereits zum 16. Mal nach Berlin eingeladen: drei langjährig engagierte Betriebsräte nutzten erneut diese Möglichkeit der Information, Diskussion und Vernetzung. Mit Bernd Ramlow von der Schön Klinik in Neustadt begrüßte Hagedorn bereits einen alten Hasen, und auch Karin Topke von Kuhnke Supply Chain GmbH aus Bad Malente war schon einmal zu Gast in Berlin. Neu in diesem Jahr folgte Marion Zabel von Kuhnke Support GmbH & Co. KG der Einladung von Bettina Hagedorn in die Hauptstadt.

Gemeinsam mit mehr als 200 Betriebsräten aus dem gesamten Bundesgebiet erlebten die Drei im SPD-Fraktionssaal mit hochrangigen SPD-Vertretern wie Peer Steinbrück sowie dem DGB-Bundsvorsitzenden Michael Sommer einen spannenden Tag mit Informationen und Debatten über die politische Situation am Arbeitsmarkt und den Kampf für bessere Arbeitnehmerrechte – gleichzeitig diente der Tag erneut der Vernetzung mit vielen Kolleginnen und Kollegen bundesweit ebenso wie mit der Politik:

Hagedorn: „Die hier geknüpften Kontakte sind wertvoll, um ein gemeinsames Sprachrohr für Partizipation und Mitbestimmung in den Betrieben zu bilden. Betriebs- und Personalräte setzen sich nicht nur aktiv für faire Arbeitsbedingungen

und leistungsgerechte Löhne in den Betrieben ein – auch die dramatisch steigende Arbeitsverdichtung, psychische und physische Überlastungen mit steigender Krankheitsquote und eine starke Interessenvertretung für die Kollegen, um diesen Problemen zu begegnen, stehen im Mittelpunkt ihres Engagements. Betriebs- und Personalräte brauchen fachliche Kompetenz, Dialogfähigkeit für die Konsenssuche mit der Betriebsleitung im Interesse der Arbeitnehmerrechte, aber auch Mut und ein starkes Rückgrat, wenn es darum geht, Konflikte auszufeuchten – für diese verantwortungsvolle Aufgabe verdienen die engagierten Betriebsräte und Personalvertreter noch mehr Wertschätzung als ihrer Arbeit oft entgegengebracht wird.“

Gemeinsam resümieren Karin Topke, Marion Zabel und Bernd Ramlow über den gestrigen Tag, „dass eine enge Zusammen-

arbeit zwischen Politik, Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen notwendig ist, um prekäre Arbeitsverhältnisse wirksam verhindern zu können.“ Karin Topke dazu: „Es macht mir immer wieder Mut zu sehen, dass meine gewerkschaftlichen Interessen auch die Interessen der Sozialdemokratischen Partei sind und wir eine gemeinsame Sprache sprechen.“ Und Marion Zabel ergänzt: „Diese Betriebsrätekonferenz gibt uns die Möglichkeit, notwendige Gesetzesänderungen zum Thema Werksverträge bzw. Leiharbeitsverträge aktiv mit zu gestalten.“

Betriebsräte, die Interesse haben, an der kommenden Betriebsrätekonferenz in Berlin teilzunehmen, können sich schon jetzt hierfür im Eutiner Wahlkreisbüro unter der Nummer 04521 – 7 16 11 oder per Email bettina.hagedorn@wk.bundestag.de vormerken lassen. ■



Die Jusos sind zufrieden

Landesparteitag und Koalitionsvertrag

Erneut haben die schleswig-holsteinischen Jusos am zweiten Juniwochenende bewiesen, dass sie ein lauter und wichtiger Teil unserer Partei sind. Es war der bereits zweite Landesparteitag in diesem Jahr, der von den Jungen „gekapert“ wurde um eigene Verfahren und Inhalte in der Partei zu vertreten und durchzubringen.

War es im Februar darum gegangen ein gutes Regierungsprogramm auf den Weg zu bringen, stand jetzt die nächste Debatte an. Vorgelegt wurde ein Koalitionsvertrag, mit dem die Jusos hochzufrieden waren. Nicht ganz unschuldig daran war sicherlich das Zusammenspiel der Jugendorganisationen der neuen Regierungsparteien.



Bereits einen Tag nach der Wahl kam es auf Initiative der Jusos zu einem ersten Treffen mit Grüner Jugend und SSW Ungdom. In der Folge wurde – parallel zu den Sondierungsgesprächen der Mutterparteien – ein 30-Punkte-Plan jugendpolitischer Forderungen entworfen, der in die Koalitionsverhandlungen eingebracht wurde. Das Ergebnis kann sich wirklich sehen lassen: 27 der Forderungen finden sich im Koalitionsvertrag wieder. Somit fiel es den Jusos leicht, auf dem Landesparteitag für den Koalitionsvertrag der Küsten-Koalition zu werben.

Aber die Jusos wären nicht der Stachel der Partei, hätten sie nicht auch Kritisches angesprochen. Trotz der inhaltlichen Erfolge herrschte Unzufriedenheit über die Zusammensetzung der Koalitions-Verhandlungsgruppe, in der kein einziger Juso vertreten war. Auch die fehlende Wahlanalyse der SPD kam zur Sprache, schließlich blieben wir weit hinter den anvisierten Ergebnissen zurück, schafften es noch nicht einmal stärkste Kraft zu werden. Die gründliche Aufarbeitung der Versäumnisse, vor allem in Bezug auf das katastrophale Abschneiden bei jungen WählerInnen, werden die Jusos in den kommenden Wochen vehement einfordern!

Trotz aller Kritik setzten die Jusos aber auch jenseits des Koalitionsvertrages deutliche inhaltliche Signale. Eine klare Positionierung der SPD SH gegen den europäischen Fiskalpakt in seiner jetzigen Form, trotz engagierter Gegenrede Bettina Hagedorns, war das herausragende Ergebnis.

Der Juso-Hochschulgruppe aus Kiel gelang es zudem einen Forderungskatalog zu künftigen Stiftungsuniversitäten durchzusetzen. Die Freiheit der Lehre, ArbeitnehmerInnenrechte und die Qualität des Studiums werden in Zukunft Leitfaden der SPD in diesem Bereich sein. Nicht zuletzt wurden auch personell schöne Erfolge erzielt. Carolin Ahrens und Alexander Wagner traten als Juso-Vorschläge für die Wahlen zum Parteikonvent der Bundes-SPD an und erzielten dabei die besten Ergebnisse aller Kandidierenden, obwohl auch etablierte Bundestagsabgeordnete und Landesvorstandsmitglieder antraten. Ein toller Erfolg!

Insgesamt zeigten sich die letzten Landesparteitage jung und diskutierfreudig. Ihren Anteil daran hat auch die SPD Ostholstein mit gleich vier aktiven Jusos in der Landesparteitagsdelegation. Dynamisch und aktiv, so wünschen wir uns unsere Partei! ■

Niclas Dürbrook

Die AsF ist auch zufrieden

Koalitionsvertrag steht für starke Gleichstellungspolitik

Im Koalitionsvertrag wird das Gleichstellungskapitel aus dem Regierungswahlprogramm der SPD ungeschmälert übernommen. Die Einrichtung einer Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung – wird eingerichtet. Geschlechtergerechtigkeit wird als Querschnittsaufgabe aufgefasst und ist bei dem SPD geführten Sozialministerium unter Ministerin Kirstin Alheit angesiedelt. Gender-Mainstream und Gender Budgeting werden angepackt. Die Arbeit der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten wird aufgewertet, da die Grenze für die Verpflichtung zur Bestellung wieder auf 10.000 Einwohner je Verwaltungseinheit gesenkt wird. Die Kürzungen bei den Frauenhäusern und Mädchentreffs werden zurückgenommen. Die Beratungsstellen Frau und Beruf werden abgesichert. Die Quote der weiblichen Führungskräfte im

öffentlichen Dienst wird erhöht. Aufsichts- und Verwaltungsräte in landeseigenen Unternehmen werden schrittweise paritätisch besetzt.

In punkto Wahlgesetz wird mit dem Ziel, auch in den Parteien mehr Geschlechtergerechtigkeit herzustellen, geprüft werden, ob mit dem Ziel der Parität eine Pflicht zur Umsetzung rechtlich verankert werden kann. Dieser Prüfauftrag ist zu begrüßen. In Baden-Württemberg läuft derzeit ein entsprechendes Prüfverfahren für die Kommunalwahl 2014. In Frankreich wurde eine Änderung des Wahlgesetzes im Jahr 2000 verabschiedet. Es ist seit 2001 verbindlich und heißt übersetzt: Gesetz über den gleichen Zugang von Frauen und Männern zu Wahlmandaten und auf Wahl beruhenden Ämtern. Auf den Kandidatenlisten müssen Frauen und Männer gleichberechtigt präsentiert sein. Bei Nicht-

einhaltung werden die Kandidatenlisten nicht berücksichtigt. Dadurch konnte in Frankreich der Frauenanteil in den kommunalen Parlamenten von 25% auf 48 % gesteigert werden.

„Um mehr Frauen in die Politik zu bringen, ist dieses sicher ein wirksames Instrument“, so die AsF-Ostholstein. „Torsten Albig hat sein Versprechen eingehalten und sein Regierungskabinett paritätisch besetzt. Das ist ein gutes Zeichen. Mit Simone Lange als frauenpolitischer Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion werden wir eine engagierte und kompetente Ansprechpartnerin haben“, freue ich mich mit Swantje Meininghaus für die AsF Frauen aus Ostholstein. ■

Annette Schlichter-Schenck



SPD-Ostholstein und Scandlines

Diskussion um emissionsfreie Fähren auf dem Fehmarnbelt

Vage Verkehrsprognosen, unvorhersehbare Kostensteigerungen, mangelnde Akzeptanz in der betroffenen Bevölkerung in Ostholstein – die Feste Fehmarnbeltquerung ist nach wie vor ein umstrittenes Projekt. Am 18.06.2012 diskutierten SPD-Mitglieder der Bundes-, Landes- und Kreisebene aus Ostholstein in Timmendorfer Strand zusammen mit dem Fährbetreiber Scandlines über Pläne der Reederei für den zukünftigen Einsatz emissionsfreier Fähren zwischen Puttgarden und Rødby als mögliche Alternative zur festen Querung.



Foto © Tim Körting

Am 18. Juni stellte Dr. Gernot Tesch, Geschäftsführer der Scandlines Deutschland GmbH, Mitgliedern der SPD-Ostholstein im Beisein von MdB Bettina Hagedorn, MdL Lars Winter und dem Vorsitzenden der Kreistagsfraktion Burkhard Klinke erstmals die neuen Pläne der Reederei für einen umweltfreundlichen Fährverkehr vor. Demnach könnten schon in wenigen Jahren durch Brennstoffzellen angetriebene Fähren auf dem Fehmarnbelt verkehren. Die Brennstoffzellen sollen durch Windenergie on- und offshore aufgeladen werden und ermöglichen einen emissionsfreien Fährverkehr und eine nachhaltige Perspektive für die mehr als 1000 Reedereimitarbeiter in der Region.

„Für uns ist klar, dass wir unabhängig von der Festen Fehmarnbeltquerung den Fährbetrieb in Puttgarden aufrechterhalten, und – wenn möglich – alle Arbeitsplätze sichern wollen,“ erklärte Tesch. „Die Zukunftsorientierung heißt auch, dass wir jetzt über den Einsatz neuer Schiffe nachdenken müssen. Die vom Germanischen Lloyd erarbeiteten Pläne für emissionsfreie Fähren sind eine Option, unseren heute schon einzigartigen Dienst umweltfreundlicher zu machen, Vorbild für den Fährsektor weltweit zu sein und das Innovationspotential in Deutschland zu sichern.“

Nach Angaben von Scandlines könnten emissionsfreie Fähren bereits 2017 auf dem Fehmarnbelt fahren – um diesen Zeitplan zu halten, müssten allerdings schon 2014 die Ausschreibungen für die Fähreubauten vorliegen. Die notwendigen Investitionen für vier Fähren in Höhe von 500 Mio. Euro würde die Reederei dann selbst tragen, wenn – zur wirtschaftlichen Absicherung – Scandlines quasi die politische Garantie hätte, dass der Bau der Festen Fehmarnbeltquerung sich um weitere Jahre verzögert.

„Diese Garantie kann Ihnen die Politik angesichts der gegebenen Zusagen gegenüber Dänemark im Staatsvertrag nicht geben“, so SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn. „Allerdings ist es Fakt, dass die Fertigstellung der Querung mit Hinterlandanbindung im Juni 2009 bei der Beschlussfassung im Bundestag noch für das Jahr 2018 angesetzt war. Heute – nur drei Jahre später – hat sich dieser Termin scheinbar bereits auf das Jahr 2022 um vier volle Jahre verschoben. Insofern kann man – wie bei allen Verkehrsprojekten – sicher davon ausgehen, dass das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht ist, denn zu erwartende Klageverfahren sind im Zeitplan bislang nicht berücksichtigt. Klar ist auch, dass sich das ganze Projekt dabei enorm verteuert ...

mindestens mit fünf Prozent pro Jahr, wie Staatssekretär Ferlemann vom Berliner Verkehrsministerium dem Rechnungsprüfungsausschuss in Berlin erst am 15. Juni 2012 generell bestätigte. Diese Tatsache muss bei einer notwendigen erneuten Diskussion über das Projekt ebenso berücksichtigt werden wie der Einsatz emissionsfreier Fähren als Alternative.“

Die ergebnisoffene Überprüfung des Tunnelprojektes findet sich auch im Koalitionsvertrag von SPD, den Grünen und dem SSW wieder. Zu einem offenen Dialog gehört nach Ansicht der Diskutanten auch eine Beteiligung der Reederei Scandlines, die seit mehr als 50 Jahren auf der Fehmarnbeltroute zwischen Puttgarden und Rødby verkehrt und mehr als 1000 Mitarbeiter auf Fehmarn und Lolland beschäftigt – hierin liege auch die Notwendigkeit einer vertieften Zusammenarbeit von Scandlines und der Politik bei der Planung des Projektes.

Scandlines informierte die Abgeordneten, dass für einen fortgesetzten Fährverkehr auf der Vogelfluglinie auch die Frage der Hinterlandanbindung relevant sei. Die kürzlich vorgestellten Pläne der dänischen Planungsgesellschaft Femern A/S deuten auf einen erschwerten Zugang zum Fährhafen Puttgarden bereits in der Bauphase hin. ↓

→ Hierzu erläutert Tesch: „Verkehre suchen sich immer den einfachsten Weg. Wenn der Fehmarnbelt über mehrere Jahre nur schwer passierbar ist, werden dies auch die Tunnelplaner nach der Eröffnung der Querung zu spüren bekommen. Die Trassenplanung muss daher den Fährhafen Puttgarden direkt anbinden, um die Fehmarnbeltstrecke nicht zu veröden.“

„Der Standortsicherheit der Vogelfluglinie und dem fortgesetzten Austausch mit unseren Nachbarn im Norden ist es nicht dienlich, wenn bereits in der Bauphase der festen Querung der Fährverkehr behindert wird“, erläutert Lars Winter, SPD-Landtagsabgeordneter und deren finanzpolitischer Sprecher. „Nicht jeder möchte 20 Kilometer durch einen Tunnel fahren. Die Bürger müssen selbst entscheiden können, welchen Weg nach Dänemark sie in Zukunft nutzen wollen.“

Zum Abschluss sind sich beide Seiten einig, den Dialog fortzusetzen. „Das Projekt der emissionsfreien Fähren ist ein weiterer Beleg, dass die Fehmarnbeltregion schon heute lebendig und zukunftsfähig ist“, so Hagedorn abschließend. „Die feste Querung birgt mehr Risiken als Chancen und verschlingt öffentliche Mittel, die an anderer Stelle besser eingesetzt wären. In Berlin erwarten wir spätestens nach der nächsten Bundestagswahl die Initiative der neuen Landesregierung in Schleswig-Holstein für Gespräche mit den dänischen Partnern auf der Grundlage des Staatsvertrages.“

Und Lars Winter ergänzt: „Wir als SPD-Ostholstein werden weiterhin alles dafür tun, um eine neue, realistische und kritische Kalkulation für die Fehmarnbeltquerung mit Hinterlandanbindung zu erhalten.“ ■

Feste Fehmarnbeltquerung

Auch die Regierung muss sich einarbeiten

Die feste Fehmarnbeltquerung (FFBQ) hat erneut für Aufsehen gesorgt. Auf der 5. Sitzung des Dialogforums am 20. Juni in Oldenburg hat der neue Verkehrsstaatssekretär Dr. Frank Nägele sich zur Position der Landesregierung zur FFBQ geäußert. Unter anderem hat er gesagt, dass die Landesregierung ohne Wenn und Aber zur FFBQ und zur Hinterlandanbindung stehe. Diese Äußerung hat natürlich eine Welle der Empörung in Ostholstein ausgelöst. Sandra Redmann und ich haben eine entsprechende Presseerklärung (siehe unten) herausgegeben. In Auszügen wurde sie in den Lübecker Nachrichten und im Fehmarnschen Tageblatt komplett abgedruckt. Außerdem habe ich lange mit Frank Nägele telefoniert. Wir haben uns auf ein Gespräch noch in der Sommerpause gemeinsam mit Sandra verabredet. Anschließend werden wir eine öffentliche Veranstaltung dazu durchführen.

Stand der FFBQ

Die SPD Schleswig-Holstein hat, nicht zuletzt durch das hartnäckige Verhandeln der SPD Ostholstein, auf dem Landesparteitag der SPD in Husum im April 2011 einen Beschluss der Landespartei zur FFBQ gefasst. Dieser Beschluss war maßgeblich dafür erforderlich, dass die Formulierung im Regierungsprogramm wie folgt gefasst wurde: Wenn die feste Fehmarnbeltquerung kommt, werden wir die möglichen Chancen für Schleswig-Holstein herausarbeiten und umsetzen. Bei der Entwicklung der Hinterlandkonzepte werden wir die Sorgen und Anliegen der Menschen und Kommunen in den Mittelpunkt rücken.

Wir werden sie bei allen Planungen beteiligen, ihre Ideen und Anregungen sammeln und einbringen und damit zeigen, dass ein Staat fähig ist, auch gesellschaftlich strittige Infrastrukturentwicklungen klug zu begleiten und zum Wohle des Gemeinwesen zu gestalten. Dies werden wir bei allen Verhandlungen und gegenüber allen Partnern deutlich machen. Die Bundesregierung ist uns gegenüber in der Pflicht.

Im Koalitionsvertrag steht

Die feste Fehmarnbeltquerung soll die Metropolregion Kopenhagen-Malmö mit der Metropolregion Hamburg verbinden. Die Koalitionspartner nehmen zur Kenntnis, dass sich die ursprünglich auf 800 Millionen Euro angesetzten Kosten für die Hinterlandanbindung nach Schätzungen des Bundesrechnungshofes vom April 2009 auf mindestens 1,7 Milliarden Euro erhöht haben. Deshalb wird die Landesregierung die Bundesregierung auffordern, eine Überprüfung der Kostenschätzung und des Nutzen-Kostenverhältnisses vorzunehmen. Im Wahlkampf hat sich Torsten Albig entsprechend geäußert. Insbesondere die Forderung unserer Region, dass die Kosten neu bewertet und das Kosten-Nutzenverhältnis überprüft wird, war ausschlaggebend dafür, dass die Bürgerinitiativen die SPD als ihre Partei wahrgenommen und als vertrauensvoll eingestuft haben. Dieses Vertrauen dürfen wir nicht verspielen. Dafür werden wir uns auch zukünftig einsetzen. ■

Lars Winter,
MdL, finanzpolitischer Sprecher

Pressemitteilung zur Erklärung des Staatssekretärs Dr. Nägele zur Beltquerung im Rahmen des Dialogforums

Äußerst verwundert reagieren die Landtagsabgeordneten Sandra Redmann aus Bad Schwartau und Lars Winter aus Beschendorf auf die Äußerungen des Verkehrsstaatssekretärs Dr. Nägele im Dialogforum. Dass die Landesregierung hinter der festen Fehmarnbeltquerung (FFBQ) und der damit verbundenen Hinterlandanbindung steht, kann sich nur auf den bestehenden Staatsvertrag beziehen. „Das hat mir der Staatssekretär Dr. Nägele heute auch telefonisch bestätigt“, führt Winter aus. Die Vereinbarung im Koalitions-

vertrag zur FFBQ führt aus, dass das Projekt differenzierter betrachtet wird. Aus diesem Grund wird die Bundesregierung aufgefordert, eine Überprüfung der Kostenschätzung und des Nutzen-Kostenverhältnisses vorzunehmen. Bereits im Regierungsprogramm zur Landtagswahl wurde auf das gesellschaftlich strittige Infrastrukturprojekt hingewiesen. Eine kluge Begleitung zum Wohle des Gemeinwesens wird dort eingefordert. „Diese Forderungen haben weiterhin Bestand und müssen sich im Regierungshandeln widerspie-

geln“, fordern Redmann und Winter unisono. „Der Landesparteitagsbeschluss der SPD führt 15 weitere Punkte auf, die für eine Zustimmung des Projekts der SPD erforderlich werden“, ergänzt Winter. „Der Verkehrsstaatssekretär Dr. Nägele ist erst kürzlich in seinen neuen Verantwortungsbereich gewechselt. Diesen Umstand halten wir ihm seinem fehlenden Fingerspitzengefühl zu Gute. Noch in der Sommerpause werden wir das Gespräch mit dem Ministerium und dem Staatssekretär suchen“, führt Redmann weiter aus. ■

SPD Kreistagsfraktion

CDU Sparvorschläge aus der Mottenkiste Politisches Ehrenamt soll beschnitten werden

Die SPD Kreistagsfraktion hat sich auf ihrer Sommerklausursitzung in Bosau mit den Sparvorschlägen der CDU zur Haushaltskonsolidierung beschäftigt. Diese Vorschläge wurden vom CDU Finanzausschussvorsitzenden Christian Claußen eingebracht und werden im Folgenden politisch bewertet.

Prüfauftrag bezüglich von Einsparungen bei Projekten der EGOH.

Die SPD Fraktion ist über diesen Prüfauftrag sehr überrascht, denn die Entwicklungsgesellschaft Ostholstein stärkt u. a. im Kreis Ostholstein die Wirtschaft, sichert und schafft neue Arbeitsplätze im Kreis. Viele Projekte werden von der EU-finanziert. Wir gehen davon aus, dass der CDU Ausschussvorsitzende die Aufgaben der EGOH kennt und erwarten deshalb detaillierte ergänzende Erläuterungen zu dem Einsparvorschlag bei EGOH-Projekten.

Die Prüfung aller Mitgliedschaften/ Mitgliedsbeiträge des Kreises

Dieser Prüfauftrag hat die politischen Gremien im Kreis schon x-mal durchlaufen und ist vom Ausschussvorsitzenden aus der Mottenkiste hervorgeholt worden. Da stellt sich für die SPD die provokative Frage: Liebe CDU Fraktion, wenn Prüfung, dann muss alles auf den Prüfstand, auch die Mitgliedschaft im Landkreistag, dafür zahlt der Kreis weit über 100 TSD € an Mitgliedsbeitrag im Jahr. Oder will die CDU beim Landkreistag Arbeitsplätze einsparen? Sie stellt auch die Zuschüsse für

die erfolgreiche Fahrbücherei im Kreis auf den Prüfstand. Die SPD kann sich hier voll und ganz der Aussage von Landrat Sager anschließen: „Das Lesen wird nie aus der Mode kommen. Es ist sehr wichtig, dass wir die Fahrbücherei trotz knapper Mittel weiterhin unterstützen. Anderswo funktioniert es nicht so gut.“ Deshalb sagen auch wir: „Finger weg von der Fahrbücherei.“

Reduzierung des Zuschusses für die Eutiner Festspiele ab 2013 von 30 TSD € auf 25 TSD €. Endlich wird von der CDU ein kleines Signal in die richtige kulturelle Richtung gegeben, dieses wurde aber auch schon letztes Jahr vom CDU Kreistagsabgeordneten Troike signalisiert. Die SPD ist und wird wie in den letzten Jahren sich gegen den Zuschuss an die Festspiele aussprechen, und sich dafür einsetzen, dass der Haushaltsposten von 30 TSD € für kulturelle Projektförderung eingesetzt wird.

Anzahl der Teilfraktionssitzungen reduzieren

Demokratie kostet Geld, mit dem CDU Vorschlag wird die ehrenamtliche politische Tätigkeit in unserem großen Flächenkreis eingeschränkt, von den ehrenamtlichen Kreistagsabgeordneten kann keine sinnvolle politische Arbeit mehr geleistet werden. Nicht mit der SPD. Hat der Ausschussvorsitzende Christian Claußen besonders bei diesem Einsparvorschlag seine Berufsbrille als Bankkaufmann aufgesetzt? Zu dem Prüfauftrag der Reduzierung der Ausschussanzahl, ist die SPD gesprächsbereit, weil der Kreistag zur kommenden Wahlperiode durch den Weg-

fall von vier Wahlkreisen verkleinert wird.

Für die SPD Fraktion stellt sich die Frage, da die Vorschläge von der CDU nicht begründet worden sind: Soll das der von der CDU groß angekündigte finanzpolitische Beitrag zur Haushaltskonsolidierung sein oder kommt noch der ganz große finanzpolitische Wurf aus der Feder des Finanzausschussvorsitzenden?

Auf der Klausursitzung wurde sehr stark der Unmut gegenüber dem CDU Fachausschussvorsitzenden Andreas Mylius geäußert, denn die Informationen über die erheblichen Mehrkosten beim ÖPNV, wurde im Finanzausschuss angedeutet, lt. Presse sollen es 1,5 Mio. € sein. In der Sitzungsvorlage für den Kreistag am 19. 6. 2012 ist dazu formuliert: Es ist davon auszugehen, dass der jährliche Mehrbedarf die 1 Mio. € Marke nennenswert übersteigen wird.

Warum hat der CDU Ausschussvorsitzende nicht sofort gehandelt, warum hat er sich nicht sofort mit der Verwaltung in Verbindung gesetzt um sich die zusätzlichen Ausgaben erläutern zu lassen? Und was noch gravierender ist, er hätte sofort eine Sondersitzung des Ausschusses einberufen müssen und nicht wie in den Medien zitiert, erst nach der Sommerpause werden die erheblichen Mehrkosten, die Nachforderungen beim ÖPNV erläutert.

Die CDU Einsparvorschläge wurden immer wieder zu den Haushaltsberatungen thematisiert und diskutiert. Außerdem sind sie nur ein Tropfen auf den heißen Stein und die SPD wird viele davon nicht mittragen. Deshalb, nichts Neues von der CDU, das sind Sparvorschläge aus der Mottenkiste. ■

Burkhard Klinke
SPD Fraktionsvorsitzender

Auswirkungen des Koalitionsvertrags auf Ostholstein

Die SPD Kreistagsfraktion hat sich auf ihrer Klausursitzung in Bosau auch mit dem Koalitionsvertrag der Schleswig-Holstein Ampel, SPD, Grüne, SSW, beschäftigt und welche politischen Auswirkungen der Vertrag für den Kreis Ostholstein hat.

Der Kreis entscheidet über Schulbuskosten

Die neue Regierungskoalition hat sich darauf festgelegt, dass die Kreise nicht mehr verpflichtet werden sollen, Schulbuskostenbeiträge zu erheben. Die Fraktion hat

seit 2003 politisch immer dafür gekämpft, dass keine Schulbuskostenbeiträge erhoben werden, denn auch der Weg zur Bildung muss ohne Gebühren sein. Damit geht die Debatte um die Elternbeteiligung an den Kosten für die Schülerbeförderung in eine neue Runde. Die SPD meldet hiermit schon das Thema für den Kreis Ostholstein an. Der Satz, die Kreise werden künftig nicht mehr verpflichtet Elternbeiträge zu den Kosten der Schülerbeförderung zu erheben, steht im Koalitionsvertrag, er ist bis jetzt noch eine Absichtserklärung und

solange das Schulgesetz noch nicht geändert ist, liegt der Antrag der SPD in der obersten Schublade.

Die neue Kieler Regierung hat sich im Vertrag zum Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetz eindeutig positioniert, mit der klaren politischen Botschaft, es werde aufgehoben, ebenso die dafür eingeplante Finanzierung. Die Fraktion wird sich, so lange keine eindeutige und klare politische Botschaft aus Kiel kommt, d. h. die Richtlinie über die Gewährung von Konsolidierungshilfen nicht aufgehoben wird, ↓

➔ weiterhin konstruktiv aber kritisch beteiligen. Mit diesem Entschuldungsfonds, dem Knebelgesetz aus der Regierungszeit von CDU/FDP, werden dem Kreis für zehn Jahre Daumenschrauben angelegt und wir Politiker können dann nicht mehr politisch gestalten.

Die Diskussion um die Bäderregelung ist im tourismusintensiven Kreis Ostholstein wieder voll entbrannt. Alle Schlichtungsgespräche zwischen der damaligen Regierung und der Kirche sind gescheitert und deshalb hat die Kirche ihren Wider-

stand auf dem Rechtsweg wieder aufleben lassen. Die SPD wird bei der Bäderregelung stärker auf die Forderungen und Kritik von Kirche und Gewerkschaften Rücksicht nehmen.

Die SPD Fraktion ist entsetzt über die politische Position der CDU Ostholstein, die wie Beton an der bestehenden Regelung festhalten will, obwohl sich die Fraktionen 2011 im Kreis auf Initiative der SPD auf eine moderate Regelung verständigt hatten. Die Fraktion spricht sich für einen Dialog zwischen Kirche, Gewerkschaften

und Tourismuswirtschaft aus, damit sehr schnell eine Einigung gefunden wird und nicht das Gericht ein Urteil fällen muss.

Die SPD hat das Ziel mit ihrer Politik im Dialog mit den Menschen die Mehrheitsverhältnisse im Kreis zur Kommunalwahl im Mai 2013 zu ändern. Ostholstein braucht die Sozialdemokratie mehr denn je, denn nur wir setzen uns für ein sozial gerechtes Ostholstein ein. ■

Burkhard Klinke
SPD Fraktionsvorsitzender



Betriebliches Gesundheitsmanagement für die Kreisverwaltung

Die Fraktion hat für die kommende Hauptausschusssitzung einen Fragenkatalog zum Personalbericht 2011 für die Kreisverwaltung erstellt. Die Anzahl der Langzeiterkrankten ist im Vergleich zum Bericht 2010 nochmals um zehn gestiegen. Deshalb hat die Fraktion beantragt, dass die Verwaltung für die kommende Sitzung folgende Fragen beantwortet:

1. Welche Maßnahmen hat die Verwaltung eingeleitet oder wird sie einleiten, damit sich die Anzahl der Langzeiterkrankten reduziert?
2. Wie viele Ausbildungsplätze sind für die kommenden Jahre vorgesehen?
3. Welche gesundheitsfördernden Maßnahmen (S. 1 Personalbericht: betriebliches

Gesundheitsmanagement) sind vom P-Bericht 2010 zum P-Bericht 2011 von der Verwaltung unternommen worden?

4. Womit erklärt die Verwaltung, dass die Anzahl der Langzeiterkrankten von 2010 bis 2011 um 18 % und von 2007 bis 2011 um 65 % zugenommen hat?

4 a Wie hat sich die Anzahl der Langzeiterkrankten im ersten Halbjahr 2012 entwickelt?

4 b Wie viele der Langzeiterkrankten sind voll- bzw. teilzeitbeschäftigt?

5. Ein SPD-Antrag zur Eckwertempfehlung/Personalkosten vom 6. Dezember 2011 wurde zurückgestellt. Es wird gebeten auch diesen Antrag in der nächsten Hauptausschusssitzung im Zusammen-

hang mit dem betrieblichen Gesundheitsmanagement zu beraten.

6. Die Verwaltung wird gebeten den Personalrat in dieser Angelegenheit auch um eine Stellungnahme zu bitten.

Die Anzahl der Langzeiterkrankten hat einen neuen Höchststand erreicht. Die Personalpolitik zu Lasten der MitarbeiterInnen kann nicht fortgeführt werden, denn durch die Langzeiterkrankten nimmt die Arbeitsverdichtung weiter zu. Die SPD-Fraktion fordert ein betriebliches Gesundheitsmanagement für die Kreisverwaltung. ■

Burkhard Klinke
SPD Fraktionsvorsitzender

SPD Kreistagsfraktion

Finanzhilfen aus Kiel werden kritisch konstruktiv begleitet

Die Rahmenbedingungen des Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetzes der alten Landesregierung werden von der SPD Kreistagsfraktion sehr kritisch gesehen. Mit dem auf dem Knebelgesetz resultierenden öffentlich-rechtlichen Vertrag begibt sich die Selbstverwaltung auf einen gewagten Weg. Der Kreis Ostholstein soll sich in der Form entschulden, dass es im Wesentlichen die Bürgerinnen und Bürger und die kreisangehörigen Gemeinden betrifft. Mit der im Gesetz vorgeschriebenen Anhebung der Kreisumlage um mindestens 0,91 % wird nur ein Anfang gemacht. Dies hat der finanzpolitische Sprecher der SPD Kreistagsfraktion und Landtagsabgeordnete Lars Winter bereits in der Vorbesprechung mit dem Vorstand der Kreisgruppe Ostholstein des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages (SHGT) gesagt. Weitere Auswirkungen auf den kommunalen Bereich stehen bevor. Um auf das endgültige Ziel von rund 1,4 Mio. Euro struktureller Entschuldung im Jahr 2022 zu kommen, werden Kürzungen im kulturellen Bereich und beim ÖPNV, Verschärfungen bei der Kostenbeteiligung

der Schülerbeförderung und weitere Einschnitte bei der ausgleichenden Funktion des Kreises für den kommunalen Bereich unumgänglich.

Die SPD Fraktion hat es in den Vorgesprächen auf Kreisebene mit allen Fraktionsvorsitzenden erreicht, dass die Selbstverwaltung in den Prozess mit eingebunden wird. Die Fachausschüsse sind an dem Gesetz zur Konsolidierung zu beteiligen, erklärte der Fraktionsvorsitzende Burkhard Klinke.

Herr Koch als Vorsitzender des SHGT-SH wendete sich kürzlich gegen die Absicht der neuen Regierungskoalition, das Gesetz wieder aufzuheben. Im Anhörungsverfahren haben sich die Kommunalen Spitzenverbände noch stark dagegen ausgesprochen. Insbesondere die Dauer von zehn Jahren wird kritisiert. Es bleibt abzuwarten, welche Resonanz allein die erforderliche Kreisumlagerhöhung im kommunalen Bereich hervorbringt. Es ist nicht redlich sich zu Lasten des nachgeordneten Bereiches zu sanieren. Auch ohne übertriebene Konsolidierungsmaßnahmen ist der Kreishaushalt auf dem

richtigen Weg und wird spätestens 2015 Überschüsse erwirtschaften.

Mit dem CDU/FDP Gesetz zur Konsolidierung werden dem Kreistag für zehn Jahre Daumenschrauben angelegt, wir können dann nicht mehr politisch gestalten. Dennoch wird sich die Fraktion dem Konsolidierungsprogramm des Landes nicht verschließen und bleibt gesprächsbereit.

Die Fraktion wird sich in allen politischen Gremien konstruktiv und kritisch einbringen. Die SPD Kreistagsfraktion wird erst dann eine endgültige politische Entscheidung zum Konsolidierungshilfenfonds treffen, wenn alle Fachausschüsse getagt haben, wenn die Einsparvorschläge der Verwaltung und von den Fraktionen vorliegen. Wir werden dann eine Bewertung vornehmen und entscheiden, ob dadurch die kommunale Selbstverwaltung noch weiter eingengt wird d. h. ob unsere eigene Handlungsfähigkeit durch das Programm nicht weiter gefährdet wird.“ ■

Burkhard Klinke, *Fraktionsvorsitzender*
Lars Winter, *MdL und Finanzpolitischer Sprecher der Kreistagsfraktion*

Berufliche Schulen sind in Trägerschaft des Kreises erfolgreich!

Die SPD Kreistagsfraktion setzt sich dafür ein, dass die Beruflichen Schulen ihren staatlichen Bildungsauftrag im Rahmen der bestehenden Rechtsform gut erfüllen können. Das schulpolitische Ziel von einer Umwandlung in RBZ (Regionales Bildungszentrum) wird nicht weiter verfolgt, da die Mehrkosten durch den entstehenden zusätzlichen Verwaltungsaufwand nicht zu rechtfertigen sind.

Zur Vorbereitung der Entscheidungsfindung hat die Kreistagsfraktion Gespräche mit den Schulleitungen der beiden Standorte der Beruflichen Schulen, den Geschäftsführern des Weiterbildungsverbandes Ostholstein/Plön und der Handwerkerinnung gesprochen um Argumente auszutauschen (siehe Berichte auf der Internetseite der SPD-Ostholstein, Gespräche Innung, Besuch Berufliche Schulen, Weiterbildung in Ostholstein).

Die Schulen selbst haben in einer eindrucksvollen Präsentation gezeigt, dass sie in Bildung und Weiterbildung gut und umfassend vorbereitet sind. Der staatliche Bildungsauftrag wird hervorragend erfüllt. In Kooperation mit den Weiterbil-

dungsverbänden, der VHS, den Innungen und den Handwerkskammern finden im Weiterbildungsbereich bereits Maßnahmen statt, die auch in der bestehenden Rechtsform ausgebaut werden können. EU-Projekte werden seit Jahren von den Beruflichen Schulen durchgeführt, wie es mit dem CELF-Projekt mit Dänemark, ein beispielhaftes Leuchtturmprojekt für den Kreis, dokumentiert wird.

Im Gespräch mit den Schulleitungen wurde deutlich, dass der Umwandlungsantrag noch nicht durch die Schulgremien gestützt wird. Ein entsprechender Beschluss von Lehrer- und Schulkonferenz an beiden Standorten steht noch aus. Die Behauptung von RBZ Befürwortern, das RBZ sei ein Erfolgsmodell, konnte auf Nachfrage nicht belegt werden, da laut Auskunft des Ministeriums noch keine Evaluierung der bestehenden RBZ stattgefunden hat.

Die Kreistagsfraktion kommt nach Abwägung aller Argumente zu folgendem Fazit: Der staatliche Bildungsauftrag wird in der bestehenden Rechtsform erfüllt. Argumente für eine bessere Pädagogik durch RBZ-Betrieb konnten nicht gebracht wer-

den. Durch die Umorganisation werden mehr Verwaltungskräfte sowie Räume benötigt, die einerseits durch den Kreis finanziert andererseits durch Unterrichtsstunden erwirtschaftet werden müssen. Der Umwandlungsprozess läuft nicht kostenneutral. Die von der Kreisverwaltung aufgeführten Mehrkosten sowie Ausführungen zur Mehrwertsteuerpflicht in der Vorlage für den Fachausschuss Schule, Bildung, Kultur und Sport vom 31. Mai 2012 sind realistisch.

Die beruflichen Schulen haben bereits ein Budgetrecht und umfassende Kompetenzen. Sie sind bei den Personalentscheidungen des Kreises wie auch bei der Einstellung des Personals für Schulsozialarbeit beteiligt. Eine Umwandlung rechtfertigt die Mehrkosten nicht. Falls noch weiterer Handlungsspielraum für die Schulen bestehen sollte, kann dieses in der bisherigen Rechtsform in Absprache mit der Kreisverwaltung zügig umgesetzt werden. ■

Annette Schlichter-Schenck
Sprecherin der Teilfraktion Schule, Bildung, Kultur und Sport

Wahlkreisbüro wurde eingeweiht



Am 17. Juni habe ich mein Wahlkreisbüro in Lensahn eingeweiht. In der Bäderstraße 14 habe ich zwei Räume in der ersten Etage der ehemaligen Post angemietet. Ein Raum dient als Büroraum. Hier arbeitet Ulrike Plötz für mich, die einige schon vom Wahlkampf her kennen. Sie hat die Kreisgeschäftsstelle im Wahlkampf verstärkt. Der weitere Raum ist als Sitzungszimmer eingerichtet. Hier können Besprechungen mit bis zu 14 Personen abgehalten werden. Ich lade alle herzlich ein, hier ihre Sitzungen durchzuführen.

Bis zu einhundert Gäste durfte ich am 17. Juni in Lensahn begrüßen. Ich war überwältigt. Die Büroräume kamen gut an. Aber auch der Salat, die Würstchen und der Kuchen. Vor dem Haus hatte ich ein Zelt aufgestellt, sodass alle Platz gefunden haben. Es war ein reges Kommen und Gehen und dazwischen ergaben sich viele Gespräche.

Ulrike wird montags von 11.00 bis 17.00 Uhr und freitags von 9.00 bis 13.00 Uhr in meinem Wahlkreisbüro erreichbar sein.



Fotos © Kirstin Winter

Ihr erreicht uns unter folgenden Kontaktdaten:

Telefon 04363 - 905 77 28,

Fax 04363 - 905 90 93

E-Mail winter.mdl@aol.de.

Meine bisherige E-Mailadresse (lawi12 at aol.com) benutze ich nur noch privat.

In Kiel könnt Ihr mich unter

Telefon 0431 - 988 13 41 oder

Fax 0431 - 988 13 13 erreichen. ■

Lars Winter

Impressum

SPD Kreisverband Ostholstein
Lübecker Straße 6, 23701 Eutin
Telefon 04521 - 59 57
kv-ostholstein@spd.de
www.spd-ostholstein.de

Wir freuen uns über Artikel an Beate Müller-Behrens unter

beatemuellerbe@yahoo.de,

cc an Lars Winter unter

winter.mdl@aol.de,

gerne mit dem Betreff OH-Brief und einem weiteren Stichwort zum Thema des Artikels. Wir veröffentlichen auch Kleinanzeigen für OV's und AG's mit Angeboten und Gesuchen.

Schlussredaktion: Beate Müller-Behrens
V.i.S.d.P.: Kreisvorsitzender Lars Winter ■

Bundestagswahl

Im September 2013 findet die nächste Bundestagswahl statt. Für den Wahlkreis 9, Ostholstein/Nord-Stormarn, hat Bettina Hagedorn ihre Kandidatur mündlich angekündigt. Wie euch sicher bekannt ist, können auch weitere Genossinnen und Genossen kandidieren. Die Kandidatur ist bis zur Wahlkreis-Konferenz möglich, dieser Termin steht aber noch nicht fest. Die Nominierung soll möglichst in der Zeit von November 2012 bis Februar 2013 stattfinden. Auf der nächsten Sitzung des Kreisvorstands werden wir den Termin festlegen. Um besser planen zu können, wäre ich euch sehr dankbar, wenn ihr eure Kandidatur bis zum 30. August 2012 bei mir oder in der Kreisgeschäftsstelle ankündigt. Für die Wahlkreis-Konferenz zur Nominierung einer Kandidatin/eines Kandidaten sind gesonderte Delegierte zu wählen. Ich werde mich in der Sommerpause mit dem Kreisverband Stormarn in Verbindung setzen, um den Delegiertenschlüssel festzulegen. Wir werden uns davon leiten lassen, wie die anderen Kreisverbände verfahren. Im August erhaltet ihr weitere Informationen dazu. ■

Lars Winter

Kommunalwahl

Für die Kommunalwahl im Mai 2013 wollen wir den Ortsvereinen im OH-Brief Kontakte zu anderen OV's und Gliederungen der SPD vermitteln. Kommunale Themen betreffen oft nicht nur eine Gemeinde, vielleicht könnt ihr mit einem anderen OV das Thema gemeinsam anpacken oder durch dessen Erfahrung Zeit und Geld sparen. Gemeinsame Wahlkampfaktionen (wie die rote Karawane zur Landtagswahl, darüber soll es in der nächsten Ausgabe einen Bericht geben) können Personalengpässe ausgleichen, mehr Wähler erreichen und auch noch Spaß machen.

Schreibt uns was ihr wie macht, was gut oder gar nicht läuft, wobei ihr gerne Unterstützung hättet, zu welchen Themen ihr Referenten, Texte, Materialsammlungen habt oder haben wollt, wo organisatorische, inhaltliche oder personelle Hilfe gebraucht oder geboten wird und stellt alle Fragen, die den Wahlkampf, OV, Kommunen, den Kreis oder das Land betreffen. ■